

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage (Friede, Wissen, Kunst) ...

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3445. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Inserate werden die eigentliche Zeitschrift mit 25 Pf. berechnet, bei einmaliger ...

Nr. 33.

Dresden, Donnerstag den 10. Februar 1910.

21. Jahrg.

Der Kampf in Preußen.

Die leitenden Körperschaften der sozialdemokratischen Partei in Preußen erlassen folgenden Aufruf:
Der Wahlrechtsentwurf, den die preussische Regierung den Landtagen zugehen ließ, ist ein perfider Streich gegen das preussische Volk, wie nur wenige gegenwärtige Völker geküßelt worden sind.

Solche Streiche haben reaktionäre Regierungen bisher nur dann gemacht, wenn ein nach Freiheit und höherer Kultur strebendes Volk mit brutaler Gewalt niedergeworfen war. So geschah es in Preußen vor 60 Jahren, als man dem Volke das allgemeine, gleiche Wahlrecht raubte und die politischen Rechte an den Wahlen den Besitzenden gab.

Selbst Bismarck, wahrlich kein Vertreter revolutionärer Bestrebungen, nannte vor 40 Jahren diese Karikatur eines Wahlrechts das elendeste aller Wahlsysteme.

Als in den letzten Jahrzehnten die Junker immer unerbittlicher die Gesetzgebung zur persönlichen Bereicherung benutzten, forderte das preussische Volk mit immer höherem Nachdruck das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht als geheime Abmachung für die Wahlen zum preussischen Landtag.

Der gegenwärtige Landtag wurde 1908 mit einer Thronrede eröffnet, in der die organische Fortentwicklung des Wahlrechts verkündet wurde.

Was hier nun die Vorlage der Regierung? Die Verwirklichung des Wahlrechts nach dem Dreiklassenwahlrecht, das Dreiklassenwahlrecht, soll als Grundlage des Wahlrechts bestehen bleiben. Das ist ein Lohn auf den in der Verfassung anerkannten Grundlag, wonach alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind.

Die öffentliche Wahl, welche Wähler in abhängiger Stellung zwingt, entweder auf die Ausübung des elementarsten Wahlrechts zu verzichten, oder gar gegen ihre eigene Wahlentscheidung dem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der gegen ihre Interessen wirkt, soll beibehalten werden.

Die ständische Wahlkreiseinteilung, welche die Einwohner der Großstädte und Industriebezirke gegenüber den Einwohnern ländlicher Bezirke entwertet, soll nicht geändert werden. Die Bevorsungung des platten Landes ist ein Vorrecht der Junker, die ihre Macht dazu mißbrauchen, die Landarbeiter zu unterdrücken und den Kleinbauern wie den Städtern die öffentlichen Lasten aufzubürden.

Die drei Grundübel des elendesten aller Wahlsysteme: Dreiklassenwahl, öffentliche Stimmabgabe und Entrechtung der Städte und Industriebezirke sollen also nach dem Willen der Regierung beseitigt werden.

Die Herrschaft der Junker soll in vollem Maße aufrecht erhalten werden. Das ist nicht nur eine unerträgliche Last für die Einwohner des größten Bundesstaates, sondern auch ein Schmach und Schande für ganz Deutschland.

Arbeiter! Handwerker! Bauern! Es gilt, öffentlich zu bekunden, daß das Volk sich eine derartige Verhöhnung nicht gefallen läßt.

Leberr! In Stadt und Land müssen die Massen aufgerüttelt werden. Ein Ruf muß alle Arbeiter und Unterdrückten, ob Männer oder Frauen, erheben, der Ruf:

Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht! Es gilt, das Reich von den Junkern zu befreien!

Der Kampf muß mit Häßigkeit und Energie geführt werden. Seit ihrer Gründung fordert die sozialdemokratische Partei das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. In unseren Organisationen müssen sich alle Anhänger eines freien Wahlrechts zusammenschließen. Die Organisationen müssen zu einer gewaltigen Wahlrechtsliga anschließen, der keine Macht widerstehen kann. Das muß die erste Aufgabe sein, die von der preussischen Regierung dem Volke ins Gesicht geschleuderte Verhöhnung fern.

Parteilosen! Agitiert von Haus zu Haus, geht auf das platte Land und sucht die Entrechteten für die größere Sache zu gewinnen.

Am nächsten Sonntag finden im ganzen Lande Versammlungen statt. Setzt dafür, daß sich diese Versammlungen zu wichtigen Demonstrationen gestalten, wie sie Preußen noch nie gesehen hat.

Die Parole heißt:
Rieder mit den Junkern! Hoch das freie Wahlrecht!
Berlin, den 10. Februar 1910.
Der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission.
Der Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.
Die sozialdemokratische Landtagsfraktion.

Die erste Lesung.

Von der ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus, die am heutigen Donnerstag beginnt, erwartet man sich keine Überraschungen. Wie das preussische Abgeordnetenhaus eine wirkliche Volksvertretung, so würde es die Worte des Ministerpräsidenten anhören, sodass die Debatte laßelien und die Regierungsvorlage, ohne ihr die Ehre einer ausführlichen Erörterung zu erweisen, in den Papierkorb zu werfen. Von einer Verammlung, die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählt ist, kann man aber nicht erwarten, daß sie sich wie eine Volksvertretung benimmt. Nach langen Reden, in denen so wenig wie möglich zu sagen für staatsmännlich und patriotisch gilt, dürften die bürgerlichen Parteien die Vorlage an eine 25-köpfige Kommission betreiben, und dort erst wird der eigentliche Kampf beginnen.

Abgesehen von der Sozialdemokratie, für die der Wahlrechtsentwurf von vornherein ganz unannehmbar ist, scheint noch keine Partei recht zu wissen, wie sie ihre Haltung einrichten soll. Trotz aller großen Reden orientiert die Ablehnung zunächst man die Sozialdemokratie der Regierungsvorlage richtig nach überhand etwa doch brauchbaren Abfällen. Die direkte Wahl wird als ein kleines Profitempfinden, ebenso die berühmte „Mogmierung“, und es haben sich sogar sogenannte liberale Stimmen gefunden, die in der Debatte der Wahlrechtsvorlage in die zweite Wahlklasse den Beginn eines neuen Reichstages erblicken, in dem das nationalliberale Paragrafenrecht Preußen glänzend machen wird. In der Kommission wird dann das Handeln und Handeln, das Schachern und Trachern beginnen, man wird gegen allehand Konzeptionen die geheime Abstimmung einzuhalten versuchen, man wird sich bemühen, auch für die verschiedenen Wahlklassen und andere Erwerbskategorien kleine Vergünstigungen zu erreichen, und zum Schluss wird entweder gar nichts herauskommen oder etwas, was das Volk in keiner Weise zu befriedigen imstande ist.

Daß die geheime Wahl, wenn sie der Regierungsvorlage ausgesetzt wird, wertlos und ein einfacher Humbug bleibt, ist von uns schon nachgewiesen worden. Solange die Klassenstellung besteht, gibt es keine Sicherung des Wahlergebnisses. Der Wähler wird daher vor einem desto härteren Testostermus stehen, je höher die Klasse ist, in der er sitzt. In der dritten kann er sich bei geheime Abstimmung vielleicht noch verbergen, in der zweiten sieht er schon die schwarzen Augen des Vorwärters auf sich ruhen, in der ersten wird die angeblich geheime Wahl vollends zur bloßen Fälschung.

Trotzdem begreift sich auch, daß der konservative Parteileiter Dr. Raubold, Berlin in einer Besprechung der Bundes der Landwirte bereits die Erklärung abgegeben hat, daß die konservative Partei die geheime Wahl vorläufiglich zugestehen werde. Die Junker wissen eben ganz genau, daß geheime Abstimmung mit Klassenwahl und Einmischung bloß eine Fälschung ist, und daß gute Gedächtnisse sind sie daher auch bereit, dieses unbrauchbare Instrument den Liberalen zu verkaufen, vorausgesetzt natürlich, daß sie es gut bezahlen.

Auch die „Ordnung“ weiterer Wählerklassen aus der dritten in die zweite Klasse, die zunächst den nationalliberalen Seite gefordert wurde, findet bei den Konservativen Zustimmung, so wird von ihnen selbst sogar gewünscht. Die Konservativen wollen gegen die rein gouvernementalen Wähler aus dem Preussentum ein selbstständiges Gesehwicht aus den Reihen der Selbständigen schaffen. Denn wenn sie auch für absehbare Zeit keinen Gewinn können, daß die Regierungswähler einfach nach der konservativen Seite kommandiert werden, so möchten sie doch gegen etwaige Nebenabmachungen an alle Fälle gesichert sein.

Jede weitere „Ordnung“ von Elementen, die nicht zur Arbeiterklasse gehören und in ihren politischen Meinungen im allgemeinen unerschütterlich sind, bedeutet eine stärkere Neubelebung aller oppositionellen Regungen, eine stärkere Entrechtung der breiten Masse. Das ist ein einziger mittelparlamentarischer Hebungsvorschlag, der nicht bestritten zu werden, und darum auch so ausdrücklich wie möglich zu vermeiden ist, und das ist durch die sozialdemokratische Partei nur noch Teil ins Feuer gehen. Die Klasse des Volkes wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen alle neuen Privilegierungen, die für sie weiter nichts als neue Entrechtungen sind.

Nach einer Vertagung der Kreuzzeitung, die vermutlich auf amtlichem Material beruht, würden nach Inkrafttreten der Vorlage fast bisher 38 Proz. 7 Proz. der Wähler in der ersten Klasse, fast 13,8 Proz. 17 Proz. der Wähler in der zweiten Klasse, und fast bisher 82,4 Proz. 76 Proz., also noch immer mehr als drei Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung, immer mehr als drei Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung, in der dritten Klasse wählen. Diese 76 Proz. wären dann aber noch härter entrechteter als die 82,4 Proz. vorher.

Trotz all dieser Ungeheuerlichkeiten darf man sich nicht dazu verlassen, daß die parlamentarischen Verhandlungen dem preussischen Volk das wohrverdiente Schicksal bereiten werden. Das vermag nur der Druck von außen!

Der Verfassungskampf in England.

Von unserem Korrespondenten, j. n. London, 8. Februar.

Die kurze Windstille, die dem Sturme des Wahlkampfes folgte, geht ihrem Ende zu, und schon in den nächsten Tagen werden die gemäßigten Parteien ihre Kampfstellungen wieder einnehmen. Eins der bemerkenswertesten Ergebnisse der Wahlen scheint uns dies zu sein, daß die beiden bürgerlichen Parteien die sich verdrängenden politischen Fragen mit weitestgehendem Ernste zu behandeln geneigt sind als früher, daß sie beide von den tiefsten Befürchtungen ab der künftigen Gestaltung der englischen Politik erfüllt sind. Der Rahmen des Zweiparteiensystems ist je länger je offenkundiger zu eng geworden für die tatsächlichen sozialen und politischen Verhältnisse Englands, eine erwachende, ihrer selbst bewußt werdende Arbeiterklasse droht ihn jeden Augenblick zu sprengen. Die alten Parteien, namentlich die liberale, welche bisher die fortschrittlichen Wünsche und Bedürfnisse des Proletariats in erster Linie zu vertreten beanspruchte, mühten im Interesse ihrer Selbsterhaltung diesen Prozeß zu hemmen suchen. Um dies erfolgreich zu tun, um dem Zweiparteiensystem einen Anstoß von Realität zu geben, die es nicht mehr befiel, mußten immer größere, immer wichtigere, immer entscheidendere Fragen in den Vordergrund geschoben werden, um die sich die beiden Parteien gruppieren konnten. Diese Politik der bürgerlichen Parteien ist unzweifelhaft von Erfolg begleitet gewesen; es ist ihnen gelungen, die Wahlparolen in einer Weise zuzuspitzen, daß auch der klaffenbewußte Arbeiter, der kritisch veranlagte Sozialist in den meisten Fällen nicht umhin konnte, sich für die eine oder die andere bürgerliche Partei zu erklären. Die altüberlebte Organisation des politischen Parteiensystems in England bewährte sich und triumphierte auch in diesen Wahlen. Aber die neue Politik und die vollendete Demagogie der bürgerlichen Parteien sind nicht imstande, den Gang der geistlichen Entwicklung aufzuhalten, sondern im besten Falle nur ihre Formen zu modifizieren. Um ihre politische Herrschaft zu retten, sind die bürgerlichen Parteien genötigt, Geister anzurufen, die sie nicht wieder hängen können. Wände der durch sie herbeigeholten großen Fragen drängen unermüdlich zur endgültigen Lösung hin, und so erwidern sie mit all ihren Kräften im Grunde nur so viel, daß sie selbst ein gut Teil der Arbeit jener verrichten müssen, die sie um jeden Preis zurückdrängen wollen, der Sozialisten und der Arbeiterpartei.

Die Wichtigkeit dieser Bemerkungen wird durch die Frage des Oberhauses anschaulich demonstriert. Aber die Politik der liberalen Partei auch nur ganz oberflächlich verfolgt hat, dem muß es klar sein, daß es den Liberalen vor nichts mehr graut, als vor einem wirklichen Entscheidungskampfe gegen die Lords. Aber durch die Notwendigkeit des politischen Kampfes getrieben und um die Arbeiterpartei nicht zu sehr aufkommen zu lassen, mußte sie so weit gehen, daß es jetzt kein Jurist mehr gibt. Konservativen und Liberale sind sich heute schon gleichmäßig klar darüber, daß es bei dem heutigen Verhältnis zwischen Unterhaus und Oberhaus nicht länger bleiben kann, daß eine radikale Veränderung unvermeidlich ist. Der Kampf konzentriert sich von nun an lediglich auf das Ziel dieser Veränderung.

Zunächst wird darum heiß gestritten, was die erste Aufgabe der Regierung im neuen Parlamente sein solle. Ob die Regierung zunächst erst das im vorigen Jahre von den Lords abgelehnte Budget im Parlamente durchdrücken oder ob sie sofort die Regelung beziehungsweise Einschränkung des Budgets der Lords in Angriff nehmen solle. Die Konservativen sind mit aller Entschiedenheit für den ersten Weg. Mit einem Eifer, der einiaermachen verächtlich erweist, nehmen sie sich des vorjährigen Budgets an, ja in einem sehr einflussreichen Organe der Konservativen ist sogar in vollem Ernste vorgeschlagen worden, die konservativen selbst mögen nunmehr für das als revolutionär und reichsgefährlich beschriebene Budget stimmen, um so zu beweisen, daß man in der Tat nur den Willen des Volkes einholen wollte und daß die Konservativen und die Lords sich diesem Willen unbedingt fügen. Die Ansichten der Liberalen sind geteilt. Der radikale Flügel der Partei, der im Ministerium von Lord George und Winston Churchill, in der Presse von der Daily News und der Nation vertreten wird, will die Abrechnung mit den Lords vor allem andere, auch vor das Budget der vergangenen Jahres setzen, während der konservative Flügel der liberalen Partei, dessen Wünsche in der Westminster-Gazette zum Ausdruck kommen, vor allen Dingen erst das Budget erledigt sehen will.

Die Entscheidung dieser Frage ist keineswegs nebensächlich, sondern sie kann möglicherweise den ganzen späteren Verlauf der Dinge bestimmen. Wird die Frage des Budgets des Oberhauses sofort vor Parlament gebracht, noch ehe das Budget wieder eingereicht wird, kann es es unabweislich, daß die Verfassungskrise sehr bald auf die Spitze getrieben wird, daß der Kampf einen schnellen und dramatischen Verlauf nimmt. Das Finanzjahr, für das das abgelehnte Budget Vorlage treffen sollte, geht am 31. März zu Ende. Der Entschluß der Regierung, das Budget des vorigen Jahres nicht eher in Angriff zu nehmen als bis die Frage des Oberhauses entschieden ist, würde entweder bedeuten, daß mit den Lords